

Fabulierte Schadenszahlen als Geschäftsmodell

Wie Journalisten, eine Lobbyorganisation und ein Professor ohne belastbare Faktenbasis Cum/Ex- und Cum/Cum-Zahlen für ihre Zwecke zurechtmodellieren – und was die BaFin-Nachzahlung übriglässt: 7 statt 40 Milliarden.

Am 13. Juli 2026 hat die Finanzaufsicht BaFin das Ergebnis ihrer bislang umfassendsten Erhebung veröffentlicht: 267 Kreditinstitute, 542 Versicherer und Pensionsfonds, 58 Wertpapierhäuser und Fondsgesellschaften wurden nach ihren Belastungen aus Cum/Cum- und Cum/Ex-Gestaltungen befragt – wegen der auf 15 Jahre verlängerten Verjährung ausdrücklich auch für weit zurückliegende Jahre. Das Ergebnis: 4,82 Milliarden Euro bei Cum/Cum, 2,20 Milliarden bei Cum/Ex, **zusammen 7,02 Milliarden** – einschließlich erst potenzieller künftiger Belastungen, zivilrechtlicher Kosten und möglicher Doppelzahlungen, also eher zu hoch als zu niedrig gegriffen.

Man vergleiche das mit der Zahlenwelt, in der die öffentliche Debatte seit Jahren lebt: „150 Milliarden Euro Steuerraub“ in Europa, „28,5 Milliarden“ allein für Cum/Cum in Deutschland, „mindestens 10 Milliarden“ für Cum/Ex, „über 40 Milliarden“ insgesamt – der „größte Steuerraub in der Geschichte der Bundesrepublik“. All diese Zahlen stammen aus einer einzigen Quelle: den Modellrechnungen von Prof. Christoph Spengel, vermarktet gemeinsam mit Correctiv und verbreitet von der Bürgerbewegung Finanzwende, deren Gründungsmitglied Spengel ist und deren Vorständin Anne Brorhilker sie in Talkshows, Interviews und einem Buch unablässig wiederholt. 2017 schätzte Spengel den Cum/Cum-Schaden noch auf bis zu 82 Milliarden; 2021 waren es – bei verlängertem Betrachtungszeitraum – nur noch 28,5. Das Bundesfinanzministerium hat die Methodik dieser Hochrechnungen im Oktober 2025 ausdrücklich verworfen und erklärt, der Gesamtschaden lasse sich „nicht seriös abschätzen“. Deutlicher kann eine amtliche Ohrfeige kaum ausfallen: Was jahrelang als Fakt durch Schlagzeilen lief, war – nach dem Urteil der eigenen Regierung – nicht seriös abschätzbar. Die BaFin-Zahlen bestätigen das nun sektorweit: es ist nur ein Sechstel der Kampagnensumme.

Wie groß ist der „größte Steuerraub in der Geschichte der Bundesrepublik“ eigentlich im Vergleich? Allein der Umsatzsteuer-Karussellbetrug kostet Deutschland nach Expertenschätzungen – verbreitet ausgerechnet von Correctiv selbst – 5 bis 14 Milliarden Euro pro Jahr; EU-weit veranschlagt die EU-Kommission den organisierten Karussellbetrug auf rund 50 Milliarden Euro jährlich. Die deutsche Mehrwertsteuerlücke eines einzigen Jahres (2023: rund 31 Milliarden Euro laut EU-Kommission) übersteigt die gesamte, über zwei Jahrzehnte kumulierte Cum/Ex- und Cum/Cum-Belastung von 7 Milliarden um mehr als das Vierfache – wobei fairerweise gilt: Diese Lücke umfasst neben Betrug auch Insolvenzen und Fehler, und auch die Karussell-Zahlen sind Schätzungen. Aber selbst wer zugunsten der Kampagne rechnet und deren unbestätigte 40 Milliarden über zwanzig Jahre ansetzt, landet bei etwa drei Jahren deutschen Karussellbetrugs. In Zahlen der EU-Kommission gesprochen: Rund sieben Wochen europäischer Karussellbetrug entsprechen zwei Jahrzehnten Cum/Ex und Cum/Cum. Der „größte Steuerraub der Geschichte“ ereignet sich, so gemessen, jedes Jahr aufs Neue – nur ohne Talkshow, ohne Buch und ohne Bürgerbewegung, die davon lebt.

Bleibt die eigentlich interessante Frage: Wem nützten diese Zahlen? Der Befund ist unbequem. Sie nützten der Organisation, die von ihnen lebt: Finanzwende wirbt mit dem Milliardenkandal um Spenden, Mitglieder und politischen Einfluss. Sie nützten der Karriere ihrer prominentesten Stimme Anne Brorhilker: Buch, Preise, Talkshow-Sessel, Vortragsbühnen – die Fallhöhe der Erzählung bemisst sich an der Höhe der Zahl. Sie nützten der Politik, die mit Verweis auf „40 Milliarden“ Verjährungsfristen verlängerte und Ressourcen verteilte. Und sie nützten Medien, denen der Superlativ verlässlich Reichweite bringt – die 7,01-Milliarden-Meldung der BaFin hat es dagegen kaum in eine Schlagzeile geschafft. Übertreibung ist hier kein Versehen. Sie ist ein Geschäftsmodell.

Skandalisierung ist dabei kein Nebeneffekt – sie ist die Methode. Eine Skandalstory braucht drei Zutaten: eine gigantische Zahl, einen klaren Schurken und eine Erzählung von David gegen Goliath. Alle drei werden hier planvoll geliefert: Die Zahl wird zurechtmodelliert und bei jeder Wiederholung aufgerundet – aus 7,2 werden 10, aus „etwa 40“ wird „über 40“ –, der Schurke heißt pauschal „die Banken“ oder „die Finanzlobby“, und erzählt wird der einsame Kampf gegen ein übermächtiges System. Dass dies kein Versehen ist, sondern bewusste Auswahl, belegen die dokumentierten Umstände: Die BaFin-Erhebungen sind seit Jahren öffentlich und kommen in keinem der Interviews vor; die Regierungsantwort „nicht seriös abschätzbar“ bleibt ebenso unerwähnt wie die eigene Verflechtung zwischen Zahlenurheber und Kampagnenorganisation. Und als die hessenschau im

Januar 2026 vorrechnete, dass allein Hessen bereits 570 Millionen Euro Kapitalertragsteuer gekürzt hatte – ein Vielfaches der von Finanzwende verwendeten bundesweiten Relationen –, folgte zwar ein Eingeständnis, aber keine Korrektur der „nur 1 Prozent“-Botschaft. Wer die Gegenzahlen kennt und systematisch weglässt, informiert nicht, sondern er inszeniert. Das ist die klassische Technik der Meinungsbeeinflussung: Man präsentiert keine Befunde, man erzählt eine Story, und die Story wirkt umso stärker, je größer die Zahl und je klarer das Feindbild. Damit entsteht der Resonanzboden, auf dem Gesetze verschärft, Ressourcen verteilt und Menschen vorverurteilt werden.

Und wem schaden sie? Zunächst der Wahrheit und damit dem Vertrauen in Institutionen, die auf korrekte Zahlen angewiesen sind. Sodann aber den Menschen in den Verfahren. Wer unter einer Kulisse von „40 Milliarden“ und „größter Steuerraub der Geschichte“ angeklagt, verdächtigt oder auch nur genannt wird, verhandelt nicht mehr über Beweise, Einzelfälle und Rechtsfragen, sondern gegen eine Zahl, die längst zum moralischen Urteil geronnen ist. Vorverurteilung braucht keine Gerichte; ihr genügen eine Infografik in Alarmrot und ein Talkshow-Satz. Dass die Rechtswidrigkeit von Cum/Cum-Geschäften nach Spengels eigener Aussage „nicht per se“ feststeht, sondern vom Einzelfall abhängt, geht in diesem Getöse ebenso unter wie die Frage, was eigentlich amtlich belegt ist.

Die BaFin hat diese Frage jetzt beantwortet: 7 Milliarden, nicht 40. Es wäre der Moment für eine Korrektur: bei Finanzwende, bei den Redaktionen, in den politischen Reden. Zu erwarten ist sie nicht. Denn wer die Zahlen zurücknimmt, nimmt dem Geschäftsmodell die Grundlage. Umso wichtiger, dass es festgehalten wird: Die Schätzungen, die in den Himmel wuchsen, waren nach dem Maßstab der Bundesregierung nicht seriös. Wer sie weiterverbreitet, tut es jetzt wider besseren, amtlichen, Wissens.